

Antwort von Frau Wulf-Mathies im Namen der Kommission*(30. März 1998)*

Die Prüfung des Antrags auf Mittel aus dem Kohäsionsfonds für das Vorhaben zur Reinigung der Einzugsgebiete der Flüsse Lis und Seça ist noch nicht abgeschlossen. Die beantragte Summe übersteigt jedoch bei weitem die Mittel, die im Rahmen des Kohäsionsfonds für Portugal bis 1999 zur Verfügung stehen. Die endgültige Entscheidung über dieses Vorhaben wird also von den Prioritäten abhängen, die in Abstimmung mit den portugiesischen Behörden für den Kohäsionsfonds festgelegt werden.

(98/C 304/232)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE P-0737/98**von Werner Langen (PPE) an die Kommission***(2. März 1998)**Betrifft:* Markenrichtlinie der EU

Die Markenrichtlinie der EU schafft einen rechtlichen Sonderschutz für Markenartikelhersteller und gestattet es diesen, die Preise für ihre Produkte auf künstlich hohem Niveau zu halten. Diese Regelung erscheint handelsrechtlich sehr bedenklich, da sie den Schutz der Markenartikelhersteller über internationale Abkommen und Vereinbarungen stellt. Hierdurch wird die Freiheit des Warenverkehrs eingeschränkt und gegen die Interessen der Verbraucher gehandelt, da diese letztlich die überhöhten Preise zahlen müssen. Ich frage deshalb die Kommission:

1. Wie beurteilt die Kommission die wettbewerbs- und verbraucherpolitischen Folgen der Einschränkung des freien Warenverkehrs durch die 1995 umgesetzte Markenrichtlinie der EU und wie begründet sie die faktische Dominanz der Interessen der Markenwarenproduzenten über die Interessen des freien Welthandels und der Verbraucher?
2. Welche Informationen hat die Kommission über den Umfang, in dem die Markenrichtlinie der EU den preisgünstigeren Import von Markenprodukten verhindert, und welche Auswirkungen hat diese Richtlinie seit ihrem Inkrafttreten auf das Niveau der Verkaufspreise für international gehandelte Markenartikel?
3. Welche Kenntnisse hat die Kommission über die praktische Anwendung der Markenrichtlinie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und kann sie bestätigen, daß beispielsweise in Belgien die Anwendung der Richtlinie zur Verhinderung von Parallelimporten durch Gerichtsentscheid als Mißbrauch verurteilt wurde?

Antwort von Herrn Monti im Namen der Kommission*(8. April 1998)*

Die Kommission prüft zur Zeit das von dem Herrn Abgeordneten angesprochene Problem und wird ihm ihre Schlußfolgerungen so bald wie möglich mitteilen.

(98/C 304/233)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0743/98**von Richard Corbett (PSE) an den Rat***(16. März 1998)**Betrifft:* Recht und Ordnung in bezug auf Touristen

Hat der Rat im Zusammenhang mit seiner Arbeit im Bereich Justiz und Inneres die ordnungsgemäße Durchsetzung von Recht und Ordnung erörtert, wenn es um Zwischenfälle geht, an denen Touristen beteiligt sind, die einen anderen Mitgliedstaat besuchen?

Stimmt der Rat der Auffassung zu, daß auf Zwischenfälle, wie von Touristen gegen andere Urlauber gerichtete Tötlichkeiten mit geeigneten Maßnahmen, einschließlich der gerichtlichen Verfolgung, reagiert werden sollte, anstatt den Straftäter lediglich ohne weitere Maßnahmen auszuweisen oder sogar zu erlauben, daß der Reiseveranstalter die Straftäter lediglich an einem anderen Ort unterbringt?